

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Silke Seif, Andreas Grutzeck (CDU) und Fraktion**

Betr.: Flaute im Wohnungsbau nutzen – Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende vorantreiben

Zwischen Wohnraumnachfrage und Wohnraumangebot für Studierende und Auszubildende klafft in Hamburg eine erhebliche Lücke, viele junge Menschen finden in unserer Stadt einfach keine bezahlbare Wohnung, oft nicht einmal ein Zimmer. Rot-Grün hatte im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbart, in den nächsten zehn Jahren mindestens 2.500 neue Wohnheimplätze für Auszubildende entstehen zu lassen (Seite 119) und den bereits beschlossenen Ausbau der Wohnheimkapazitäten des Studierendenwerks Hamburg für Studierende und Auszubildende um 2.000 neue Plätze bis zum Jahr 2035 (Seite 89) voranzutreiben. Die Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der CDU-Fraktion „Wohnraum für Studierende und Auszubildende in Hamburg“ (Drs. 22/12163) zeigt: In den letzten Jahren ist hier nicht viel passiert. Den 75.142 Studierenden, die im Wintersemester 2022/2023 an den Hamburger Hochschulen immatrikuliert waren, und den 36.822 Schülerinnen und Schülern, die an Hamburger berufsbildenden Schulen ihre Ausbildung absolvieren, stehen beim Studierendenwerk (StW) seit 2020 unverändert ganze 26 Wohnanlagen mit 4.430 Wohnheimplätzen gegenüber. Für Auszubildende gibt es seit 2020 unverändert lediglich circa 160 Plätze. Das reicht bei Weitem nicht. Neben dem StW gibt es gemeinnützige und gewerbliche Anbieter von Wohnheimplätzen, das StW ist jedoch der größte Anbieter, der neuen Wohnraum für Studierende und Auszubildende schafft. Die Antwort des Senats auf die oben genannte Anfrage zeigt darüber hinaus, dass die Planung neuer oder die Umsetzung geplanter Neubauprojekte nicht oder nur schleppend vorangehen – siehe der Neubau des Wohnheimes Emil-Wolff-Haus, die Nachverdichtungen in den Wohnheimen Rudolf-Laun-Haus (RLH) und „Die Burse“ sowie das Esther-Bejarano-Haus, The Tide und Emil-Wolff-Haus. Die Auswirkungen der Baukrise seien auch beim Studierendenwerk in sehr vielen Bereichen stark zu spüren, so der Senat. Das StW führe aktuell eine Überprüfung der Planungen durch, was im Ergebnis auch zu einer wirtschaftlichen und zeitlichen Neubewertung von Baumaßnahmen führen könne. Angesichts explodierender Baukosten, gestiegener Zinsen und steigender Anforderungen im Klimaschutz steckt der Wohnungsbau aktuell in einer dramatischen Krise. Doch es hilft nicht, wenn die Stadt Hamburg in Anbetracht der Baukrise selbst den Kopf in den Sand steckt, die eigenen Projekte überdenkt und noch mehr Zeit verliert. Stattdessen sollten die geplanten Bauprojekte jetzt erst recht zügig umgesetzt und weitere geplant werden – mit einer erheblichen Aufstockung der Baubudgets. Nur so wird wie geplant neuer Wohnraum für Studierende und Auszubildende entstehen – und gleichzeitig den Auswirkungen der Baukrise in Hamburg entgegengewirkt. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Hamburgs Universitäten und Hochschulen wollen verstärkt internationale Studierende anziehen. Gerade diese Zielgruppe – häufig von weit herkommend und unvertraut mit dem deutschen Wohnungsmarkt – benötigt bei der Wohnungssuche Angebote des Studierendenwerks. Andere Länder, die auf internationale Studierende setzen, wie zum Beispiel Großbritannien und Kanada, stellen sicher, dass internationale Studierende im ersten Studienjahr auf jeden Fall einen Platz in Studierendenwohnheimen finden. Das sichert nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern erleichtert gleichzeitig das Einleben durch viele soziale Kontakte.

In Hamburg müssen sich internationale Studierende in die normale Warteschlange des Studierendenwerks einreihen, häufig vergeblich, da es viel zu wenige Plätze gibt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir dringend, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in der jetzigen Wohnungsbaukrise den Ausbau der Wohnraumkapazitäten für Studierende und Auszubildende ausbaut.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit dem Studierendenwerk, aber auch mit Handwerks- und Handelskammer zu prüfen, an welchen Standorten zusätzliche Wohnheime vordringlich entstehen sollten;
2. eine Erhöhung der Baubudgets zu beschließen;
3. ein spezielles Förderprogramm mit attraktiven Konditionen „Studierenden- und Azubi-Wohnen in Hamburg“ aufzulegen;
4. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2023 hierzu zu berichten.